

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hannah-Ahrendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Haushaltsberatungen 2016 - Haushaltsschwer-punkt Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Rede vom 16. Dezember 2015, 83. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29

Weitere Redner waren:

Karl-Heinz Bley (CDU), Gerd Ludwig Will (SPD), Susanne Menge (GRÜNE), Jörg Bode (FDP), Thomas Adasch (CDU), Bernd-Carsten Hiebing (CDU), Uwe Santjer (SPD), Hillgriet Eilers (FDP), Ronald Schminke (SPD), Maaret Westphely (GRÜNE), Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und Heiner Schönecke (CDU).

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsidentin Dr. Gabriela Andretta

[...] Es folgt nun für die FDP-Fraktion Frau Kollegin König. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an Herrn Eule, der uns mit diesen tollen Vorlagen versorgt hat, mit denen wir sehr gut arbeiten konnten. Vielen Dank an das Ministerium!

(Beifall bei der FDP)

Wie gut, dass die Wirtschaft in Deutschland so robust ist. Sie kommt sogar mit einer solchen Landesregierung durch das Wirtschaftsjahr, ohne größeren Schaden zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Christian Grascha [FDP]:
Sehr richtig!)

Dazu kann ich unseren Unternehmen nur einen großen Dank aussprechen und ihnen großes Vertrauen entgegenbringen. Es geht vor allen Dingen um Vertrauen; denn das Vertrauen der amtierenden Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen genießen die Unternehmen leider nicht. Wie sonst kann es sein, dass das Ausmaß von einigen wenigen schwarzen Schafen so übertrieben hochgespielt wird und alle dafür in die Pflicht genommen werden?

Sie drücken den Unternehmen immer mehr Bürokratie auf und nehmen ihnen damit Freiraum zum Arbeiten. Kontrollen sind wichtiger für Sie. Eine Stagnation des Wirtschaftsstandortes wird billigend in Kauf genommen. Herr Will, Sie haben es gerade gesagt: Sie sind auf einem niedrigen Niveau, und Sie sind damit zufrieden.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Aber Ihre Argumente sind noch schlimmer!)

Mehrfach haben wir Ihnen aufgezeigt, woran es hapert - leider erfolglos. Sie sehen das Ausmaß überhaupt nicht. Die Zahl der Unternehmensgründungen geht rapide zurück. Übernahmen von

Unternehmen werden eklatant schwierig. Da stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Da fehlen Steuereinnahmen. Aber das interessiert Sie nicht.

(Ronald Schminke [SPD]: Eine Unverschämtheit! - Christian Grascha [FDP]: Das sind Fakten!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Frau Kollegin König! - Herr Kollege Schminke, Frau Kollegin König hat jetzt das Wort. Es werden hier keine Dialoge zwischen den Reihen geführt. Das gilt auch für Sie, Herr Kollege Grascha. - Ich bitte Sie, jetzt fortzufahren, Frau Kollegin.

Gabriela König (FDP):

Investitionen brechen dauerhaft ein oder werden von unseren Unternehmen im Ausland getätigt. Was das bedeutet, scheinen Sie nicht zu wissen. Ich sage es Ihnen: Hier werden Betriebe peu à peu ins Ausland transferiert. Beispiele dafür gibt es genug. Unternehmen planen lange in die Zukunft und müssen flexibel und innovativ sein. Dazu benötigen sie Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Unternehmen beschwerten sich nicht lautstark, sie handeln. Der Standort hier wird vielen langsam, aber sicher zu teuer, zu unsicher und zu unüberschaubar. Das EEG ergänzt das zusätzlich. Der Staat mischt sich immer mehr ein und setzt falsche Akzente. Die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Umfeld leidet.

Wenn man mit Herzblut Unternehmer ist, lässt man sich das nicht lange gefallen, und so kommt es zu dem, was wir hier beobachten: Der Standort Deutschland, insbesondere Niedersachsen, wird zunehmend unattraktiver.

Wir Freie Demokraten wirken hier entgegen und fördern mit zusätzlichen Mitteln von 5,15 Millionen Euro im Wirtschaftsförderfonds Investitionen mit Maßnahmen zur Innovationsförderung. Weitere 1,5 Millionen Euro gehen zusätzlich in die Innovationsförderung für laufende Zwecke privater Unternehmen. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind nämlich das Rückgrat unserer Wirtschaft. Darüber hinaus unterstützen wir das Handwerk mit Innovationsgutscheinen à 10 000 Euro insgesamt mit 650 000 Euro im Jahr und einer Verpflichtungsermächtigung von drei Jahren. Das ist gerade im Bereich des Handwerks 4.0 wichtig.

Selbst die Forschung und Entwicklung ist Ihnen ja nicht mehr wichtig. Wir haben kaum Bodenschätze und die, die wir haben, dürfen wir nicht bergen, aber forschen sollen wir auf niedrigstem Niveau oder am besten gar nicht. Uns Freien Demokraten ist es sehr wichtig, auch hier Akzente zu setzen. So haben wir 7,5 Millionen Euro für die Luft- und Raumfahrt mit einer Verpflichtungsermächtigung für vier Jahre über 22,5 Millionen Euro vorgesehen. So sieht Planungssicherheit aus.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Auch im Bauwesen sind eklatante Fehler gemacht worden. Obwohl es der Bauwirtschaft respektive dem Tiefbau vermeintlich gut gehen soll, ist der Straßenbau davon nicht betroffen. Während Herr Dobrindt im Bund 2,7 Milliarden Euro für Straßen und Brücken on top zur Verfügung stellt, ist Niedersachsen nicht einmal bereit und in der Lage, seinen Anteil von 10 % abzurufen. Gerade einmal 173 Millionen Euro sind nach Niedersachsen geflossen, während Baden-Württemberg und Hessen, man höre und staune, da besser gehandelt haben. Sie haben jeweils etwa 500 Millionen Euro abgerufen.

Wie kann so etwas geschehen? - Ich sage es Ihnen: Hier sind Länder mit genügend planungsreifen Projekten in der Schublade in Vorleistung getreten. Das habe ich Ihnen immer wieder gesagt, Herr Minister Lies. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, wie fahrlässig es ist, wenn man seine Planungen vernachlässigt und dementsprechend wenige Projekte anmelden kann. Das Resultat haben wir nun: Unsere Straßen verkommen weiter, und Sie schneiden lustig die Bänder durch für Straßen, die wir in der Vorgängerregierung noch in Angriff genommen haben.

(Beifall bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Das Gleiche gilt für die Landesstraßen und die Straßen in kommunaler Trägerschaft. Sie kürzen die zweckgebundenen Einnahmen aus dem Entflechtungsgesetz, wohlwissend, dass Sie damit die Kommunen schwächen, sowohl im Straßenbau als auch im ÖPNV und im regionalen schienenengebundenen Güterverkehr. Sie schichten 15 Millionen Euro in den Landesstraßenbau um und brüsten sich dann damit, dass Sie mehr in den Landesstraßenbau investieren. Super, das ist ein tolles Argument!

Sie sollten stattdessen lieber die Verteilung Schiene Straße rückgängig machen. Sie schieben mittlerweile 8 Millionen Euro Straßenbaumittel vor sich her, die Sie nicht genutzt haben, und nehmen

vom ÖPNV 72,5 Millionen Euro, die Sie bei dieser Vorgehensweise vor sich herschieben. Da ist doch ein Missverhältnis, das jeder erkennt. - Nur Sie leider nicht.

Wir belassen das Geld bei den Kommunen und satteln stattdessen mit 20 Millionen Euro für den Landesstraßenbau drauf.

Sie verfolgen also ganz klar - das möchte ich hier mal sagen - eine völlig falsche Ideologie, eine völlig falsche Politik zum Schaden von Niedersachsen. Das wird sich rächen, und da helfen die Darstellungen schön gefärbter Zahlen nicht weiter. Denn das merken auch die Menschen vor Ort.

Herr Minister Lies, ich sehe, vieles ist leider noch nicht gemacht worden. Sie würden sicherlich vieles auch anders machen, wenn man Sie denn ließe. Schade, dass wir Sie da nicht stärker unterstützen können. Aber ich hoffe, wir schaffen das noch in der Zukunft.

(Beifall bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Genau!)